Politische Tagesfragen

St. Im Kanton Bern ist vor einiger Zeit so etwas wie ein Kirchenkampf entbrannt. Kürzlich ist nun vom bernischen Erziehungsdirektor, Dr. Markus Feldmann, als Diskussionsbeitrag und zur Orientierung des bernischen Großen Rates eine Schrift, «Kirche und Staat im Kanton Bern», erschienen. In dieser Schrift rechnet Feldmann in einer Art und Weise mit einer gewissen Richtung unserer reformierten Landeskirche ab, die jeden politisch interessierten Bürger und vorab jene, denen die christliche Weltanschauung kein bloßes Lippenbekenntnis ist, fesseln und zu einer eindeutigen Stellungnahme zwingen muß.

Die Ursache des

bernischen Kirchenkonfliktes

kann am besten durch einige Sätze aus dem Verwaltungsbericht der Kirchendirektion des Kantons Bern für das Jahr 1949 verdeutlicht werden. Es wird dort unter anderem ausgeführt: «Die Behandlung der die Evangelisch-reformierte Landeskirche betreffenden Geschäfte wurde im Laufe des Jahres immer schwieriger. Verschiedene Äußerungen angesehener Persönlichkeiten der Landeskirche und außerkantonalen Kirchen über die Vorgänge in den Volksdemokratien sowie auch die Reaktion, die sie fanden, deuteten darauf hin, daß in gewissen kirchlichen Kreisen wenig Interesse an unserer demokratischen Staatsform besteht. So stellte sich die Frage, ob die Beibehaltung unseres Systems der Staatskirchenhoheit überhaupt noch einen Sinn habe.» Diese Ausführungen gaben Anlaß zu einer Diskussion im bernischen Großen Rat, die im September 1950 stattfand. Regierungsrat Dr. Feldmann beanstandete damals vor allem die Unduldsamkeit der vom Basler Professor Dr. Karl Barth betreuten theologischen Richtung in Fragen der christlichen Weltanschauung und geißelte insbesondere die Tatsache, daß die Vertreter dieser Richtung «nicht nur eine betont wohlwollende Neutralität gegenüber dem Kommunismus an den Tag legen, sondern daß sie auch gegenüber den freiheitlich-demokratischen Grundlagen unseres Staates ein ebenso betontes Desinteressement bezeugen». Diese Ausführungen führten in der Folge zu einem in der erwähnten Schrift veröffentlichten Briefwechsel zwischen Prof. Dr. Karl Barth und Regierungsrat Dr. Markus Feldmann.

Obschon Regierungsrat Dr. Feldmann der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei angehört, kann es nicht unsere Aufgabe sein, seine Stellungnahme zu rechtfertigen, das ist indessen auch gar nicht nötig, Feldmann besorgt das mit der ihm eigenen Gründlichkeit und zwingenden Logik selbst am besten. Verschiedene Ausführungen Feldmanns sind jedoch in ihrer Grundsätzlichkeit derart bedeutsam, daß sie einen sehr großen Leserkreis verdienen. Regierungsrat Dr. M. Feldmann schreibt an Prof. Dr. Karl Barth unter anderem:

«Auf Seite 15 Ihrer Schrift (Christengemeinde und Bürgergemeinde) lehnen Sie es ab, das ‚demokratische‘ Konzept als das christliche gegen alle andern auszuspielen; an andern Stellen (Seite 28) betonen Sie dann doch wieder: ‚Der mündige Christ kann nur ein mündiger Bürger sein wollen und er kann auch seinen Mitbürgern nur zumuten, als mündige Menschen zu existieren‘. Das ist das christliche Bekenntnis zur Demokratie, welches Sie auf Seite 15 Ihrer Schrift ausdrücklich ablehnen. Wenn Sie (Seiten 26, 30 und 31 Ihrer Schrift) die ‚Tyrannei‘ im Prinzip ablehnen, weshalb denn auf Seite 28 und 36 die gedankliche Spielerei mit der Diktatur? Jede Diktatur

ist ihrem Wesen nach Tyrannei; man kann doch wohl kaum gleichzeitig die Staatsform der Tyrannei ablehnen und dann doch wieder die Auffassung vertreten, daß der rechte Staat gelegentlich sogar die Gestalt der Diktatur tragen könne, wie Sie es auf Seite 36 tun.

Die Diktatur kann nicht die rechte Staatsform sein, weil sie die Freiheit der Kritik (und zwar wohlverstanden auch die Freiheit der kirchlichen Kritik!) unterdrückt und damit den ungeheuerlich anmaßenden Anspruch erhebt, eine über alle Kritik erhabene Staatsform zu sein. Eine solche, über alle Kritik erhabene Staatsform gibt es aber in Tat und Wahrheit überhaupt nicht. Dem Menschen das Recht zu nehmen, sich über die Gestaltung der Gemeinschaft seine eigenen Gedanken zu machen und diese Gedanken zu äußern, be-

deutet den Angriff auf die elementarsten Grundlagen menschlicher Würde. Die Diktatur ist die Tyrannei, welche Sie im Prinzip verwerfen; die Tyrannei ist die Diktatur, deren Berechtigung Sie im Prinzip anerkennen. Das sind unlösbare Widersprüche. Man kann nicht als recht ansehen, was man verwirft. Wie soll man sich diese seltsamen Widersprüche erklären? Entspringen sie nicht dem Wunsch, sich nach keiner Seite festzulegen oder behafteten zu lassen? Hält man auf diese Weise nicht einfach ‚für alle Fälle‘ und ‚für jeden etwas‘ bereit?

Sei dem, wie es sei: Die heutige Zeit verlangt jedenfalls eine klarere Stellungnahme zu den freiheitlichen demokratischen Staatsgrundlagen von einer Kirche, die eine von einem freiheitlichen demokratischen Staate anerkannte Landeskirche sein will. Mit dem Willen unseres Volkes, seine Freiheit zu wahren und zu verteidigen, hat auch eine Landeskirche zu rechnen, will sie nicht jeden Einfluß auf den

Einigkeit vom Rütli

Aus der Bundesteileransprache von Bundespräsident von Steiger

In seiner Ansprache an das Schweizervolk gedachte Bundespräsident v. Steiger der geschichtsgestaltenden Kraft, die von der Einigkeit der Männer vom Rütli ausgegangen ist, um dann von unsern heutigen Problemen und Pflichten zu sprechen.

Die Schweiz treibt keine Machtpolitik, seit Marignano und dem Westfälischen Frieden befolgt sie eine Politik der Neutralität, im aufrichtigen Bestreben, mit allen Nachbarn, ja mit allen Völkern im Frieden zu leben und sich nicht in fremde Händel einzumischen, zu helfen aber sucht sie, wo sie nur kann.

Das Schweizervolk will den Frieden, und es betet für den Frieden. Es tut es aus tiefster innerer Ueberzeugung heraus, und es bedarf dazu keiner im Ausland verfaßter Plakate und Aufrufe. Aber aus seiner jahrhundertealten Geschichte weiß es, daß kein Volk vor Prüfungen geschützt ist; wie Lawinen, schwere Wasserschäden, Blitz und Hagelschlag und schlechte Jahre dem Schuldlosen, dem Fleißigen Prüfungen auferlegen können, so ist auch ein ganzes Volk trotz allen Anstrengungen nie sicher, was ihm wartet.

Deshalb weiß der Schweizer, daß er auch an ernste Tage denken muß wie einst die Eidgenossen. Die Zeiten sind unruhig, und so friedliebend er auch ist, er ist sich bewußt, daß unsere Landesverteidigung nicht vernachlässigt werden darf, ja daß sie verstärkt werden muß und Opfer verlangt.

So blühend einzelne Zweige unserer Wirtschaft augenblicklich auch sind, so sehr wissen wir, daß nichts Bestand hat und daß es andere Zweige gibt, die nur mit Sorgen der Zukunft entgegenblicken, wenn für ihre Sicherung nicht das Nötige getan wird. Die Grundgebote des Bundesbriefes — »Hilfe den Schwachen — Widerstand gegen Gewalt — und Vermeidung von Zwietracht« — sind heute noch so lebensnah und wahr wie vor 660 Jahren.

Diesen Geist wollen wir auch an der Urne bekunden. Unser Stimmrecht ist nicht

nur ein Vetorecht, um zu verwerfen, was uns nicht paßt. Stets müssen wir uns überlegen, ob wir es unsern Miteidgenossen nicht schuldig sind, ihnen Hilfe und Sicherung zu gewähren, wo sie aus eigener Kraft diese Sicherheit nicht zu erreichen vermögen. Wer sich für das öffentliche Wohl verantwortlich fühlt, der wird auch für die Erhaltung wichtiger Wirtschaftszweige und Berufe Verständnis haben und überdies wissen, was uns auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu tun obliegt. Wie oft lassen wir es aber an der nötigen Anerkennung fehlen, materiell und moralisch!

Freiheit ohne Verständnis für das Schicksal der Miteidgenossen und ohne Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft ist nicht die Freiheit vom Rütli. Die Eidgenossen haben vor 660 Jahren das öffentliche Wohl in den Vordergrund und unter den Segen Gottes gestellt. Sollte es heute anders sein?

Ein Volk ist nur dann zur Abwehr fähig, wenn es nicht nur materiell, sondern auch moralisch dazu vorbereitet ist. Zu dieser moralischen Vorbereitung gehört aber, wie der Bundesbrief es will, daß Fehde und Zwietracht uns nicht trennen sollen. So gesund und erfrischend in unserer Demokratie politische Parteien und alle unsere Verschiedenheiten auch sind, es gibt etwas, das uns alle verbindet.

Das Schweizervolk wird sich einig und geschlossen, «mit aller Macht und Kraft innerhalb der Täler und außerhalb», wie dies der Bundesbrief ausdrückt, gegen Gewalt und Unrecht auflehnen. Nichts wird uns trennen in der Stunde der Gefahr.

Wir danken dem Allmächtigen, daß wir Schweizer sein dürfen und daß er uns vom Kriege verschont hat. Möge er uns weiterhin die nötige Kraft verleihen, unser Land in Freiheit und Unabhängigkeit zu schützen.

«Lasse strahlen deinen schönsten Stern nieder auf mein irdisch Vaterland.»

Gang der politischen Entwerren. Unklarheit und Inkonsistenz in der Stellungnahme zu den Existenzbedingungen der Demokratie zeigt sich auch in Ihrem seltsamen Verhalten gegenüber den politischen Parteien. Sie doch auf Seite 37 Ihrer Schrift die politischen Parteien expressis verbis als die fragwürdigsten Phänomene des politischen Lebens: keinesfalls konstitutiven Elemente vielmehr krankhafte, auf jeder Sekundäre Erscheinungen. Sie sind sich bewußt, daß eine einheitlich organisierte und einheitlichen Grundsätzen geführte Partei ohne die Existenz verschiedener Parteien überhaupt nicht denkbar ist. Was soll nach Ihrer Meinung der Parteien treten: der Staat? — dann wären wir von Ihrer Auffassung angelangt, daß die Demokratie einen ‚rechten Staat‘ darstellt — oder ein Keimparteienland. Denken Sie sich in diesem Falle die Aufgabe, welche heute den Parteien in der politischen Bürgerschaft, in der Stellungnahme zu den Wahlen und Abstimmungen der politischen Parteien sind als Institutionen weder fruchtbar noch krankhafte Erscheinungen des politischen Lebens, sondern sie sind die Instrumente der Meinungsäußerung und Willensbetätigung der Demokratie, die ihren Wert verdienen. Es gibt auch in der Demokratie eben kein ‚vielleicht‘, ‚nicht‘ oder ‚sowohl — als auch‘. Es gibt nur ein klares Entweder — ja sagt zur freiheitlichen demokratischen Staatsform, muß auch ja stehen verschiedener politischer Systeme und kann sie jedenfalls nicht als unwürdige oder gar krankhafte Erscheinungen unseres politischen Lebens bei der Existenzberechtigung der Parteien verneint, sagt dann zur Staatsform der Demokratie mit führenden Vertretern der Demokratie derart elementare staatspolitische Erkenntnisse überhaupt aufzugeben stattfinden müssen. Ein weiteres untrügliches Argument, das kaum mehr zu verantworten ist, mit welcher Ihnen nahestehenden Kreise fundamentalen Existenzbedingungen unseres Volksstaates gegenüber.

Der bernische Kirchenkonflikt ist nicht beigelegt. Regierungsrat Dr. Feldmann stellt in seinem letzten Brief Prof. Dr. Barth fest, «daß die Landeskirche, welche eine evangelisch-reformierte Landeskirche sich innerhalb des freien Volksstaates wirksam machen kann, erst noch geschaffen werden muß». Die Feststellung ist richtig und trifft nicht nur auf den Kanton Bern, sondern ebenso auf den Kanton Zürich zu. Es wäre unseres Erachtens abwegig, wollte man die Kirche und ihrer Diener die Formel «Schuster, bleib bei deinem Hammer» in gewisse Schranken verweisen. Die Kirche, oder sagen wir es lieber, die Kirche hat innerhalb der Staatsgewalt den wichtigsten Auftrag auszuführen, dem angesichts des Ideekonfliktes zwischen Kirche und Staat eine überaus große Bedeutung zukommt. Die Kirche, oder sagen wir es lieber, die Kirche können jedoch ihren Auftrag ausführen, wenn sie sich an den Staat und Parteien aufschwingen wie das im Kanton Zürich durch den konfessionell gebundenen Staat alles Heil erwarten.

1525113

Politische Tagesfragen

ist vor einiger Zeit
henkampf entbrannt.
m bernischen Erzie-
arkus Feldmann,
g und zur Orientie-
Großen Rates eine
d Staat im Kanton
dieser Schrift rechnet
t und Weise mit einer
unserer reformierten
jeden politisch inter-
vorab jene, denen die
hauung kein bloßes
fesseln und zu einer
nahme zwingen muß.

Kirchenkonflikte

rch einige Sätze aus
cht der Kirchendirek-
rn für das Jahr 1949

Es wird dort unter
«Die Behandlung der
rmierte Landeskirche
fte wurde im Laufe
chwieriger. Verschie-
gesehener Persönlich-
che und außerkantone-
die Vorgänge in den
wie auch die Reaktion,
en darauf hin, daß in
Kreisen wenig Inter-
kratischen Staatsform
ch die Frage, ob die
Systems der Staats-
aupt noch einen Sinn
rungen gaben Anlaß
m bernischen Großen
er 1950 stattfand. Re-
dmann beanstandete
e Unduldsamkeit der
Dr. Karl Barth be-
Richtung in Fragen
anschauung und gei-
ie Tatsache, daß die
tung «nicht nur eine
Neutralität gegenüber
n den Tag legen, son-
gegenüber den freiheit-
Grundlagen unseres
etontes Desinteresse-
e Ausführungen führ-
nem in der erwähnten
en Briefwechsel zwis-
Barth und Regierungs-
mann.

erat Dr. Feldmann der
nd Bürgerpartei an-
unsere Aufgabe sein,
zu rechtfertigen, das
r nicht nötig, Feld-
nit der ihm eigenen
ingenden Logik selbst
edene Ausführungen
och in ihrer Grund-
bedeutsam, daß sie
Leserkreis verdienen.
Feldmann schreibt
arth unter anderem:
r Schrift (Christen-
emeinde') lehnen Sie
che' Konzept als da s
ändern auszuspielen;
eite 28) betonen Sie
Der mündige Christ
er Bürger sein wollen
nen Mitbürgern nur
e Menschen zu exli-
christliche Bekenntnis
hes Sie auf Seite 15
lich ablehnen. Wenn
31 Ihrer Schrift) die
o ablehnen, weshalb
d 36 die gedankliche
tatur? Jede Diktatur

ist ihrem Wesen nach Tyrannei; man kann
doch wohl kaum gleichzeitig die Staats-
form der Tyrannei ablehnen und dann
doch wieder die Auffassung vertreten, daß
der rechte Staat gelegentlich sogar die Ge-
stalt der Diktatur tragen könne, wie Sie es
auf Seite 36 tun.

Die Diktatur kann nicht die rechte
Staatsform sein, weil sie die Freiheit der
Kritik (und zwar wohlverstanden auch die
Freiheit der kirchlichen Kritik!) unter-
drückt und damit den ungeheuerlich an-
maßenden Anspruch erhebt, eine über alle
Kritik erhabene Staatsform zu sein. Eine
solche, über alle Kritik erhabene Staats-
form gibt es aber in Tat und Wahrheit
überhaupt nicht. Dem Menschen das Recht
zu nehmen, sich über die Gestaltung der
Gemeinschaft seine eigenen Gedanken zu
machen und diese Gedanken zu äußern, be-

Einigkeit vom Rütli

Aus der Bundesteileransprache von Bundespräsident von Steiger

In seiner Ansprache an das Schweizer-
volk gedachte Bundespräsident v. Stei-
ger der geschichtsgestaltenden Kraft, die
von der Einigkeit der Männer vom Rütli
ausgegangen ist, um dann von unsern heu-
tigen Problemen und Pflichten zu sprechen.

Die Schweiz treibt keine Machtpoli-
tik, seit Marignano und dem Westfäli-
schen Frieden befolgt sie eine Politik der
Neutralität, im aufrichtigen Bestreben, mit
allen Nachbarn, ja mit allen Völkern im
Frieden zu leben und sich nicht in fremde
Händel einzumischen, zu helfen aber
sucht sie, wo sie nur kann.

Das Schweizervolk will den Frieden,
und es betet für den Frieden. Es tut es
aus tiefster innerer Ueberzeugung heraus,
und es bedarf dazu keiner im Ausland ver-
faßter Plakate und Aufrufe. Aber aus sei-
ner jahrhundertealten Geschichte weiß es,
daß kein Volk vor Prüfungen geschützt
ist; wie Lawinen, schwere Wasserschäden,
Blitz und Hagelschlag und schlechte Jahre
dem Schuldlosen, dem Fleißigen Prüfungen
auferlegen können, so ist auch ein ganzes
Volk trotz allen Anstrengungen nie sicher,
was ihm wartet.

Deshalb weiß der Schweizer, daß er auch
an ernste Tage denken muß wie einst die
Eidgenossen. Die Zeiten sind unruhig, und
so friedliebend er auch ist, er ist sich be-
wußt, daß unsere Landesverteidi-
gung nicht vernachlässigt werden darf,
ja daß sie verstärkt werden muß und
Opfer verlangt.

So blühend einzelne Zweige unserer
Wirtschaft augenblicklich auch sind,
so sehr wissen wir, daß nichts Bestand hat
und daß es andere Zweige gibt, die nur mit
Sorgen der Zukunft entgegenblicken, wenn
für ihre Sicherung nicht das Nötige getan
wird. Die Grundgebote des Bundesbriefes
— »Hilfe den Schwachen — Widerstand
gegen Gewalt — und Vermeidung von Zwie-
tracht« — sind heute noch so lebensnah
und wahr wie vor 660 Jahren.

Diesen Geist wollen wir auch an der
Urne bekunden. Unser Stimmrecht ist nicht

deutet den Angriff auf die elementarsten
Grundlagen menschlicher Würde. Die Dik-
tatur ist die Tyrannei, welche Sie im
Prinzip verwerfen; die Tyrannei ist die
Diktatur, deren Berechtigung Sie im Prin-
zip anerkennen. Das sind unlösbare Wider-
sprüche. Man kann nicht als recht an-
sehen, was man verwirft. Wie soll man sich
diese seltsamen Widersprüche erklären?
Entspringen sie nicht dem Wunsch, sich
nach keiner Seite festzulegen oder behaf-
ten zu lassen? Hält man auf diese Weise
nicht einfach 'für alle Fälle' und 'für
jeden etwas' bereit?

Sei dem, wie es sei: Die heutige Zeit ver-
langt jedenfalls eine klarere Stellung-
nahme zu den freiheitlichen demokrati-
schen Staatsgrundlagen von einer Kirche,
die eine von einem freiheitlichen demo-
kratischen Staate anerkannte Landeskirche
sein will. Mit dem Willen unseres Volkes,
seine Freiheit zu wahren und zu verteidigen,
hat auch eine Landeskirche zu rech-
nen, will sie nicht jeden Einfluß auf den

nur ein Vetorecht, um zu verwerfen, was
uns nicht paßt. Stets müssen wir uns über-
legen, ob wir es unsern Miteidgenossen
nicht schuldig sind, ihnen Hilfe und Siche-
rung zu gewähren, wo sie aus eigener Kraft
diese Sicherheit nicht zu erreichen vermö-
gen. Wer sich für das öffentliche Wohl
verantwortlich fühlt, der wird auch für die
Erhaltung wichtiger Wirtschaftszweige und
Berufe Verständnis haben und überdies
wissen, was uns auf dem Gebiet der Sozial-
politik zu tun obliegt. Wie oft lassen wir
es aber an der nötigen Anerkennung feh-
len, materiell und moralisch!

Freiheit ohne Verständnis für das Schick-
sal der Miteidgenossen und ohne Verant-
wortungsgefühl für die Gemeinschaft ist
nicht die Freiheit vom Rütli. Die Eidgenos-
sen haben vor 660 Jahren das öffent-
liche Wohl in den Vordergrund und
unter den Segen Gottes gestellt. Sollte es
heute anders sein?

Ein Volk ist nur dann zur Abwehr fähig,
wenn es nicht nur materiell, sondern
auch moralisch dazu vorbereitet ist.
Zu dieser moralischen Vorbereitung gehört
aber, wie der Bundesbrief es will, daß Fehde
und Zwietracht uns nicht trennen sollen.
So gesund und erfrischend in unserer De-
mokratie politische Parteien und alle un-
sere Verschiedenheiten auch sind, es gibt
etwas, das uns alle verbindet.

Das Schweizervolk wird sich einig und
geschlossen, «mit aller Macht und
Kraft innerhalb der Täler und außerhalb»,
wie dies der Bundesbrief ausdrückt, gegen
Gewalt und Unrecht auflehnen. Nichts
wird uns trennen in der Stunde der Gefahr.

Wir danken dem Allmächtigen, daß wir
Schweizer sein dürfen und daß er uns
vom Kriege verschont hat. Möge er uns
weiterhin die nötige Kraft verleihen, unser
Land in Freiheit und Unabhängigkeit zu
schützen.

«Lasse strahlen deinen schönsten Stern
nieder auf mein irdisch Vaterland.»

Gang der politischen Entwicklung verlie-
ren. Unklarheit und Inkonsequenz in der
Stellungnahme zu den Existenzgrundlagen
der Demokratie zeigt sich besonders deut-
lich auch in Ihrem seltsamen Urteil über
die politischen Parteien, bezeichnen
Sie doch auf Seite 37 Ihrer Schrift die poli-
tischen Parteien expressis verbis als eines
der fragwürdigsten Phänomene des poli-
tischen Lebens: keinesfalls seine kon-
stitutiven Elemente vielleicht von jeher
krankhafte, auf jeden Fall nur sekun-
däre Erscheinungen'. Sind Sie sich der
Tatsache bewußt, daß eine wirklich frei-
heitlich organisierte und nach freiheit-
lichen Grundsätzen geführte Demokratie
ohne die Existenz verschiedener politischer
Parteien überhaupt nicht bestehen kann?
Was soll nach Ihrer Meinung an die Stelle
der Parteien treten: der Einparteien-
staat? — dann wären wir wieder bei Ihrer
Auffassung angelangt, daß auch die Dikta-
tur einen 'rechten Staat' darstellen könne
— oder ein Keinparteienstaat — wie
denken Sie sich in diesem Falle die Lösung
der Aufgabe, welche heute die politischen
Parteien in der politischen Aufklärung der
Bürgerschaft, in der Stellungnahme zu
Wahlen und Abstimmungen erfüllen? Die
politischen Parteien sind an und für sich
als Institutionen weder fragwürdige noch
krankhafte Erscheinungen des politischen
Lebens, sondern sie sind die notwendigen
Instrumente der Meinungsbildung, Mei-
nungsäußerung und Willensbildung in je-
der Demokratie, die ihren Namen wirklich
verdient. Es gibt auch in dieser Beziehung
nun eben kein 'vielleicht, vielleicht auch
nicht' oder 'sowohl — als auch', sondern
es gibt nur ein klares Entweder-Oder: Wer
ja sagt zur freiheitlichen demokratischen
Staatsform, muß auch ja sagen zum Be-
stehen verschiedener politischer Parteien
und kann sie jedenfalls nicht als frag-
würdige oder gar krankhafte Erscheinung
unseres politischen Lebens betrachten; wer
die Existenzberechtigung der politischen
Parteien verneint, sagt damit auch nein
zur Staatsform der Demokratie. Daß heute
mit führenden Vertretern der Kirche über
derart elementare staatspolitische Grund-
erkenntnisse überhaupt Auseinandersetz-
ungen stattfinden müssen, ist jedenfalls
ein weiteres untrügliches Anzeichen für die
kaum mehr zu verantwortende 'Distanz',
mit welcher Ihnen nahestehende kirchliche
Kreise fundamentalen Existenzbedingun-
gen unseres Volksstaates gegenüberstehen.»

Der bernische Kirchenkonflikt ist noch
nicht beigelegt. Regierungsrat Dr. Feld-
mann stellt in seinem letzten Schreiben an
Prof. Dr. Barth fest, «daß die Form, in
welcher eine evangelisch-reformierte Lan-
deskirche sich innerhalb eines wirklich
freien Volksstaates wirksam Gehör ver-
schaffen kann, erst noch gefunden werden
muß». Die Feststellung ist ohne Zweifel
richtig und trifft nicht nur für den Kan-
ton Bern, sondern ebenso für den Kanton
Zürich zu. Es wäre unseres Erachtens völlig
abwegig, wollte man die Tätigkeit der
Kirche und ihrer Diener etwa nach der
Formel «Schuster, bleib bei deinem Leisten»
in gewisse Schranken verweisen. Die Kirche
hat innerhalb der Staatswesen einen ge-
wichtigen Auftrag auszuführen, einen Auf-
trag, dem angesichts des herrschenden
Ideenkonfliktes zwischen Ost und West
eine überaus große Bedeutung zukommt.
Die Kirche, oder sagen wir ruhig die Kir-
chen, können jedoch ihren Auftrag nicht
ausführen, wenn sie sich als Richter über
Staat und Parteien aufschwingen oder gar,
wie das im Kanton Zürich der Fall ist, von
den konfessionell gebundenen Parteien
alles Heil erwarten.